

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagert für die Anzeigenabteilung. Bestellungen für Anzeigen und Anwerbeabteilung. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 216

Mittwoch, den 16. September 1925

20. Jahrgang

Die 23 vor dem Parteitag.

Der Sachsenkonflikt.

Heidelberg, 14. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der heute begann, erregte der Sachsenkonflikt besonderes Interesse. Ein Vertreter der Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion, die für die Koalitionspolitik eintritt, und ein Vertreter der sächsischen Landesorganisation, die 23 Landtagsabgeordnete wegen „Disziplinbruch“ ausgeschlossen hat, sprachen mit verlängerter Redezeit.

Für die Landtagsfraktion spricht Landtagsabgeordneter Wetzig. Er führt bitter Beschwerde über die völlige Mundtotmachung durch die sächsische Parteipresse und schilt als Kern des ganzen Streites den Gegenjag:

Staatsbejahung oder Staatsverneinung

heraus. (Widerspruch bei den Sachsen, Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir wollen das einzige erhalten und retten, das der Zusammenbruch gebracht hat: die Republik (Weisfall). Jeder ist uns willkommen, der zur Verteidigung der Republik mit uns ein Stück Weges zusammengeht. Die sächsische Landesorganisation zog eine Koalition mit den Kommunisten vor, die jede parlamentarische Arbeit unmöglich machten und den Bürgerkrieg propagierten. Die Folge war das Kabinett Feigner.

Der Kleinbürgerliche Pathologe Feigner

mußte die Partei, ja das ganze Land in unhaltbare Situationen bringen. Man plante einen allgemeinen Streik in ganz Deutschland, ein Hecker wurde Minister, ein Brandler Ministerialdirektor mit dem Auftrag, den Kommunisten die sächsische Polizei in die Hand zu spielen. Kann man es der Reichsregierung verdenken, daß sie dieser Entwicklung in Sachsen nicht tatenlos zusah? Feigner war, zu seiner Ehre sei es gesagt, bereit, die Kommunisten aus seiner Regierung auszuschließen, aber die Kommunisten wollten nicht, und so kam es zu einem Reichsdiktator Feigner. Jetzt endlich griff der Parteivorstand ein und mahnte zur Koalitionspolitik. Um dieser reaktionären Diktatur ein Ende zu machen, gelang eine Regierungsbildung mit den Demokraten unter stillschweigender Zusage der Deutschen Volkspartei. Aber unsere sächsischen „Revolutionäre“ schrien noch immer nach Neuwahlen, obwohl uns diese Neuwahlen die sichere Niederlage gebracht hätten. Wir wollten die Niederlage nicht und entschleden uns für die Koalitionspolitik.

Die Uebergabe der Einladung zur Daktkonferenz.

Berlin, 15. Sept. Wie mehrere Blätter melden, hat der französische Botschafter in Berlin de Margerie für heute mittag 12 Uhr seinen Besuch bei Reichsaußenminister Dr. Stresemann angekündigt, um diesem die von Briand unterzeichnete Einladung zu der Konferenz über den Sicherheitspakt zu überreichen. Ueber den Inhalt der Einladung weiß das „Berliner Tageblatt“ zu melden, sie sei so gehalten, daß ein Wunsch Deutschlands, eine umfassende Konferenz anzuregen, in der deutschen Antwort seinen Ausdruck finden kann.

Zu der gestern vom WTB. herausgegebenen Wochenschrift, betreffend Unterredungen von Persönlichkeiten „aus der Wilhelmstraße“ in Paris führt der „Tag“ von heute abend unter Aufrechterhaltung der früheren Behauptungen aus, die Namen der betreffenden Personen seien dem Auswärtigen Amt bekannt. Von der Redaktion des „Tag“ sind auf eine Anfrage dem Auswärtigen Amt folgende Namen genannt worden: Der Privatsekretär des Ministers Dr. Stresemanns Bernhardt, der Abg. Staatssekretär J. D. Freiherr von Rheinbaben und der Ministerialdirektor Dr. Klep. Demgegenüber ist festzustellen, daß die beiden erstgenannten Herren kürzlich überhaupt nicht in Paris gewesen sind. Ministerialdirektor Dr. Klep hat sich in Angelegenheiten der von ihm geleiteten Presseabteilung in London und in Paris einige Tage aufgehalten. Die damit noch auf ihn bezüglichen Neußerungen über die Zukunft der Regierung Luther sind vom Ministerialdirektor Klep nicht getan worden.

De Monzie in Berlin.

Berlin, 15. Sept. Der französische Unterrichtsminister de Monzie traf gestern abend 9 Uhr mit dem fahrdammigen Zuge aus Kopenhagen kommend als erster amtierender Minister in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der französische Botschafter,

tionsspolitik. Das ist unser ganzes Verbrechen. Alle Parteiangestellten, die für die Koalitionspolitik eintraten, wurden einfach auf die Straße geworfen. Der Führer in dieser ganzen Hege gegen Abgeordnete und Parteiangestellte war der frühere Minister Lipinski, der die Durchführung des Beamtenabbaues zu einer ganz gewissenlosen Demagogie gegen uns benutzte. Wenn überall abgebaut wird, müßten auch sozialdemokratische Beamte geopfert werden. Wir bedauern, daß unsere Rechtfertigungsschrift in gegnerische Hände gekommen ist, aber die Presse war uns verschlossen. Nur in Sachsen war es möglich, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat Marx nicht reden durfte, nicht einmal in Veranstaltungen des Reichsbanners. (Beifalles Hört, Hört!) In Plauen i. B. wollte bei der Verfassungskonferenz unser alter Führer Gradnauer sprechen. Die Landesorganisation drohte mit Sprengung der Feler, falls Gradnauer wirklich sprechen sollte. (Stürmisches Pfui!) Die Folge dieser glorreichen Führung war, daß im roten Sachsen Hindenburg mit 70 000 Stimmen Mehrheit siegte. (Hört, Hört!) Wir gehen aus der Koalition, wenn die politische Lage es erfordert, aber keinen Augenblick früher. Thüringen ist uns ein warmes Beispiel. (Weisfall.)

Der frühere sächsische Minister Lipinski spricht als Wortführer der Landespartei. Er legt Protest gegen die Behauptung des „Vorwärts“ ein, es handle sich im Falle Sachsen

um eine partikularistische Krähwinkel.

Auch wir sind, so sagt Lipinski, nicht „grundständig“ gegen jede Koalitionspolitik, aber zur Entscheidung dieser Frage ist nicht eine Fraktion befugt, sondern die Entscheidung liegt immer bei der Partei, weil die Koalition sonst keinen Bestand hat. Die Partei in Sachsen hatte die große Koalition abgelehnt, und trotzdem wurde von der Fraktion wenige Tage darauf die große Koalition beschlossen. Erst heute haben wir gehört, daß der Parteivorstand der Fraktionsmehrheit in Sachsen entsprechende Anweisungen gegeben hat. Es ist ein unumgänglicher Zustand, daß der Parteivorstand solche Anweisungen den Abgeordneten unter Ausschaltung der Parteileitung gibt. Hätten wir das früher gewußt, so würde der ganze Konflikt nicht diese Schärfe angenommen haben.

der französische Generalkonsul und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes eingefunden. Wie die Blätter betonen, hat der Aufenthalt de Monzies in Berlin lediglich den Zweck kultureller Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Bei der angekündigten Unterredung mit dem preussischen Kultusminister wird de Monzie wahrscheinlich auch die Frage der Einheitschule ansprechen, aber die er bereits in seinem Kopenhagener Vortrag gesprochen hat. Der Minister wird heute abend wieder Berlin verlassen.

Zum Lohnstreit bei der Reichsbahn.

Düsseldorf, 14. Sept. Die hier abgehaltene Hauptversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (Bezirksleitung Düsseldorf), die von Abgeordneten der Beamten, Angestellten und Arbeiter besetzt war, nahm zu den Lohnverhandlungen bei der Eisenbahn und besonders zu dem am 10. September gefällten Schlichtungsbescheid. Sämtliche Vertreter erklärten ausdrücklich, daß sie nicht gewillt seien, die Deutschland durch die Darlehenslasten auferlegten Verpflichtungen zum großen Teil allein zu tragen. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, sofort Vorbereitungen für die bevorstehenden Kämpfe zu treffen.

Mondo über die Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs.

Rom, 15. Sept. „Mondo“ findet es nicht klug, daß Italien sich dem gemeinsamen Wunsch Oesterreichs und Deutschlands, sich in einem Staatenverband zu vereinigen, widersetze. Da dieser Wunsch früher oder später sich verwirklichen werde, würde sich Italien alsdann dem neuen Staatengebilde gegenüber in einer heißen Lage befinden. Die Italiener diejenigen Staaten weniger freundlich behandelt habe, die sich seiner nationalen Einigung widersetzt hätten, so werde es natürlich auch von Seiten Oesterreichs und Deutschlands geschehen. Das Blatt meint, daß es klüger sei, sich für das Desinteressement an diesem Anschluß Konzessionen geben zu lassen, darunter auch Sicherungen für die Brennergrenze.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Zur Wiederaufnahme der Pariser Beratungen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag wurden nach langen vergeblichen Versuchen, zu einem Abschluß zu gelangen, am 11. Juli d. J. abgebrochen. Nur ein Teilergebnis hatten sie in letzter Stunde erzielt, die „Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbecken-Gebiet“ (Saarabkommen). Mit der Abrede, die Verhandlungen am 15. September wieder aufzunehmen und in der Zwischenzeit von handelspolitischen Kampfmaßnahmen abzusehen, trennten sich damals die beiden Delegationen.

Wenn die deutschen Unterhändler unter der befohlenen Führung des Staatssekretärs Trendelenburg in den nächsten Tagen in Paris ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, so stehen sie kaum geringeren Schwierigkeiten gegenüber als in der ersten Epoche der Verhandlungen. Wird doch die noch immer ungelöste europäische Eisenfrage wieder den Kernpunkt der Besprechungen bilden. Dazu treten die französischen Ausfuhrwünsche für Wolle, Wein und Textilien. Da es der deutschen Eisen schaffenden Industrie bisher nicht gelungen ist, die fremden Schwerindustriellen zur Bildung eines europäischen Eisenkartells zu bewegen, so kommt einem Handelsvertrag mit Frankreich, das heute den Weltisenmarkt beherrscht, eine besondere Bedeutung zu. Frankreichs Eisen- und Stahlerzeugung wurde durch den Abfall Elsaß-Lothringens um über 50 Prozent gesteigert. Diese Rohstoffmengen können von Frankreich, das nicht wie Deutschland über eine entwickelte Eisen verarbeitende Industrie verfügt, nicht im Inlande verbraucht werden. Sie drängen zur Ausfuhr, die durch den Tiefstand des Frankens noch angefacelt wird. Dazu kommt noch, daß vor allem die süddeutschen und südwestdeutschen Eisenverbraucher Elsaß-Lothringen und das Saargebiet als ihr natürliches, geographisch bedingtes Bezugsgebiet betrachten.

Da Eisen und Stahl aus Lothringen und aus dem Saargebiet, abgesehen von dem Frachtvorsprung, vielfach billiger angeboten wurde als zu den rheinisch-westfälischen Verbandspreisen, so waren die deutschen Eisenhändler bemüht, die scharfe westliche Konkurrenz einzuschränken. Zunächst wurden den süddeutschen Abnehmern die günstigeren Frachtgrundlagen Weizen und Türckisch-Mühle eingeräumt. Dann aber wurde mit den französischen, belgisch-luxemburgischen und saarländischen Schwerindustriellen in Luxemburg am 16. Juni ein Abkommen getroffen, das diese davon abbringen sollte, bei den Handelsvertragsverhandlungen auf eine Herabsetzung der deutschen Eisensätze zu bestehen. Die scharfe Konkurrenz der westlichen Eisenerzeuger sollte dadurch beseitigt werden, daß die Einfuhr an Eisen- und Stahlrohstoffen und Halbzeug begrenzt wurde. Und zwar sollten diese Kontingente jährlich betragen 742000 Tonnen für das Saargebiet und 530 300 Tonnen für Lothringen und 427 280 Tonnen für Luxemburg. Hieran sollte das Saarkontingente zu 1/3 frei eingehen. Der französischen Industrie sollte für ihre schutzpflichtigen luxemburgischen und lothringischen Kontingente der halbe Zoll zurückvergütet werden.

Das private luxemburgische Eisenabkommen war unter einer Bedingung abgeschlossen worden, die sein Wirksamwerden vom Zustandekommen eines offiziellen deutsch-französischen Handelsvertrages abhängig machte. Da ein solcher noch aussteht, wurde das Abkommen bisher in seiner Gesamtheit nicht wirksam. Wohl aber wurde die für das Saargebiet getroffene Regelung in das am 11. Juli abgeschlossene Saarabkommen aufgenommen. Diese teilweise Verwirklichung des luxemburgischen Eisenpaktes stieß jedoch bei der deutschen Eisen schaffenden Industrie auf Widerstand, da es ihr nicht gelungen war, eine Bindung der Verkaufspreise der saarländischen Einfuhr an die rheinisch-westfälische Preispolitik und eine Verminderung des Kontingents entsprechend den Produktionsbeschränkungen der Kohlenbergbauwirtschaft zu erwirken. Die Ratifikation im Reichstag erfolgt daher nur unter Vorbehalt. Ebenso ist es zu einer in dem Saarabkommen vorgesehenen Uebereinkunft zwischen Lothringen und dem Saargebiet über interne Vergütungen noch nicht gekommen. Sogar die deutsche als auch die französische Regierung halten daher mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden zurück, so daß auch das Saarabkommen noch nicht wirksam geworden ist. Wenn es auch keineswegs als vorbildlich angesehen werden könnte, so hatten doch gerade die deutschen Ausfuhrindustrien einige Hoffnungen daran gesetzt.

In dieser Beziehung muß man sich von dem Ergebnis der neuen Pariser Verhandlungen erwarten, daß ein Entgegenkommen gegenüber der französischen Eisen schaffenden Industrie und anderen Ausfuhrzweigen nach